



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Konkretisierung der für das Gesetz gegen digitale Gewalt vorgesehenen richterlichen Accountsperrern

Aktuell seit 26.06.2026 13:50:34

#### Angegeben von:

HateAid gGmbH (R001880) am 27.06.2024

#### Beschreibung:

HateAid befürwortet die Einführung richterlicher Accountsperrern als weiteren Baustein zur Rechtsdurchsetzung für Betroffene digitaler Gewalt in hierfür geeigneten Fällen grundsätzlich. Eine gesetzliche Regelung über das geplante Gesetz gegen digitale Gewalt sollte jedoch die Effektivität eines solchen Verfahrens adressieren und Möglichkeiten schaffen, die praktische Relevanz zu erhöhen. Dies könnte etwa durch eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Durchsetzung der Accountsperrern erreicht werden. Diese sollten in diesem Fall mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden, um dieser Verantwortung nachzukommen. Die Accountsperrern sollte darüber hinaus mit dem Auskunftsverfahren verbunden werden können und grundsätzlich die ultima ratio bleiben.

#### Betroffene Interessenbereiche (1)

---

Zivilrecht [alle RV hierzu]

#### Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

---

1. SG2504160005 (PDF - 8 Seiten)

#### Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

#### Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2505020001 (PDF - 2 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 18.03.2025 an:

**Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]